

abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, W. 16, Halbesgrabenstr. 40

Wegpreis: Ausgabe A mit illust. Beilage vierteljährlich 2,50 M.

Einzelhefte: 10 Pf. Ausgabe B vierteljährlich 1,50 M.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspartei. Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Die Vergewaltigung in der Volkshammer.

Dresden, 5. Juni.

Ein Blick in den Saal bietet kein erhebendes Bild. Auf der Tagesordnung aber steht die Schulfrage. Ueber die Wichtigkeit ist kein Wort zu verlieren.

Größeres Interesse wecken die mit großer Lebhaftigkeit vorgetragenen Ausführungen des Mitberichterstatters, des Demokraten Dr. Barge. Die Aufmerksamkeit im Saale wächst etwas.

Sittliche Größe! Karl Kautsky sagt in seinen Erörterungen über das Erfurter Programm, die sozialistische Gesellschaft werde „das glänzendste Gemeinwesen, das die Geschichte bisher kennt, an sittlicher Größe und materieller Wohlfahrt weit übertreffen“.

Also der demokratische Mitberichterstatter Dr. Barge legte der Standpunkt der Minderheit dar. Er ging dabei mit Herrn Arzt sehr scharf um und machte ihm den Vorwurf, daß überhaupt Erwägungen durch seinen Antrag abgehandelt seien.

Unter größter Aufmerksamkeit sprach dann der Vertreter der deutschnationalen Fraktion, Herr Professor Dr. Rendtorff, der vor allem betonte, daß es sich um einen

stumpf der Weltanschauungen handele. Es soll eine willkürliche Vergewaltigung der Minderheit vorgenommen werden. Man habe im Gesetzgebungsausschuß den Eindruck gehabt, daß eine die andere zu erdrücken trachte.

an. Er wies zuerst auf die so überaus große Zahl der Proteste des katholischen Volkes hin. Das ganze Haus horchte auf. Die Katholiken hätten sich eine moderne Volksschule geschaffen, so z. B. in Dresden eine ausgezeichnete Mädchenfortbildungsschule.

Kulturleistung von erheblicher Bedeutung. Es sei wirklich nicht gering zu achten, wenn so für die von überall zugezogenen Katholiken gesorgt worden sei. Er fragte die Sozialisten: Wollen Sie diese Erziehungs-gemeinschaft unwillig zer Sprengen?

Der demokratische Abg. Pastor Krupke sprach dann für seine Fraktion. Als er bemerkte, daß auch viele Sozialdemokraten den Protest gegen die Abschaffung des Religionsunterrichtes unterdrücken hätten, wurden die Sozialdemokraten sehr unruhig.

Diernach trat der unabhängige Müller-Leipzig auf, der erklärte, daß es in diesem Weltanschauungskampf gar keine Verständigung gebe. Die Politik der Nationalversammlung macht ihm schwere Sorgen, denn dort sei das „Zentrum Triumph“.

Abg. Focher (Demokrat) hält es auch für notwendig, daß in der Schule die Religion gelehrt wird. Als Schuldirektor behandelte er dann vor allem Sachfragen. Trotzdem er vom demokratischen Vizepräsidenten zur Stille gemahnt und zur Sache gerufen wurde, blieb er weitläufig und sprach tatsächlich stundenlang.

Um 1/7 Uhr ergriff endlich Herr Kultusminister Buch das Wort. Sofort füllte sich das Haus. Herr Buch zog es vor, sich kurz zu fassen. Er sprach von der Bedeutung der Frage, von den Richtlinien, die die Volkshammer für die Arbeit der Regierung geben wolle und kam dann auf den Wunsch zurück, daß möglichst rasch der Entwurf eines Schulnotgesetzes vorgelegt werden solle.

und macher. Während die Abgeordneten in den Pflanzferien weiter werde er und seine Mitarbeiter die Materie zu einem Geleit umformen. Vor dem 30. Juni könne jedoch das Gesetz dem Gesamtministerium nicht vorgelegt werden. Dann müsse die Entscheidung erfolgen, so daß die Sache im nächsten Falle die Kammer am 24. oder 25. Juni wieder beschäftigen könne.

Es wurde über die einzelnen Punkte zuerst getrennt abgestimmt. Der Minderheitsantrag, daß, wo besondere Bedürfnisse dafür bestehen, Schulen konfessioneller Minderheiten als allgemeine Volksschulen bis auf weiteres bestehen bleiben können, wurde mit allen Stimmen gegen die Stimmen der beiden rechtsstehenden Parteien abgelehnt.

Der Antrag des Gesetzgebungsausschusses: „Aller Unterricht soll gesinnungsbildend wirken. Religionsunterricht wird in der allgemeinen Volksschule nicht erteilt, vielmehr findet in den letzten beiden Schuljahren eine sittliche Unterweisung in wöchentlich zwei Stunden statt“ wurde mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen gegen die Stimmen der sämtlichen bürgerlichen Parteien angenommen.

Die weiteren Punkte über die Fortbildungsschule, die Selbstverwaltung, den Schulvorstand, die Personal- und Disziplinarfragen und die Seminarreform wurden teils einstimmig, teils von der sozialdemokratischen Mehrheit angenommen.

Zum Schluß kam die große Heberausgabe: Die Ausschuhmehrheit hatte ursprünglich beantragt, die Kammer wolle beschließen, die als Beschlüsse des Gesetzgebungsausschusses aufgeführten Anträge anzunehmen und die Regierung zu eruchen, gemäß diesen Beschlüssen alsbald